

Graue Wolken über der KVB

Kontroverse Diskussionen zum Thema Neuausrichtung

Dass es kein leichter Gang werden würde, war allen Beteiligten an der außerordentlichen Vertreterversammlung der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns (KVB) am 10. September in München klar. Bereits vorab kursierende Gerüchte über die Auflösung gewohnter Strukturen bzw. den massiven Abbau von Personal in den Bezirksstellen hatten die Stimmung aufgeheizt. Und so blieb es letztlich der souveränen Sitzungsleitung zu verdanken, dass es im Rahmen der Vertreterversammlung doch noch einen mehrheitlichen Entschluss gab.

„Wir haben heute zwei besonders heiße Themen auf der Tagesordnung. Packen wir's an“, so die einleitenden Worte der Vorsitzenden der Vertreterversammlung Dr. Irmgard Pfaffinger. Und in der Tat, die beiden einzigen Tagesordnungspunkte beinhalteten erheblichen Zündstoff. Zum einen sollten die möglichen Auswirkungen des kommenden Gesetzes zur Modernisierung des Gesundheitssystems diskutiert werden, zum anderen wurde die Reorganisation der Verwaltung der KVB vorgestellt. Mit letzterem sollte sich die Vertreterversammlung dann den Großteil der Veranstaltung, die insgesamt fast sechs Stunden dauerte, beschäftigen. Eingangs warb der stellvertretende KVB-Vorstandsvorsitzende Dr. Wolfgang Hoppenthaller um Sympathien für den Kurs des Vorstandes. So könne man als Kassenärztliche Vereinigung in der Zukunft nur bestehen, wenn man neben den Interessen der Vertragsärzte und Psychotherapeuten auch jene der Patienten vertrete. Deshalb kämen völlig neue Aufgaben auf die KVB zu, die nur mit einem hoch qualifizierten und motivierten Team von Mitarbeitern zu bewältigen seien: „Die wesentlichen Ziele im Rahmen unserer Neustrukturierung der KVB sind es, Qualität zu produzieren, eine vernünftige Versorgungsforschung durchzuführen und ein akzeptables Honorar für Sie zu verhandeln, nicht jedoch den Verwaltungskostensatz massiv zu senken.“

Wie diese Ziele erreicht werden sollen, stellte anschließend der KVB-Vorstandschef Dr. Axel Munte ausführlich dar. Er präsentierte das neue, übersichtliche Organigramm der Verwaltung mit einer klaren Aufgabenverteilung in fünf Ressorts und mehrere Stabsstellen. Bislang, so Dr. Munte, ähne die KVB an manchen Stellen einem „riesigen Apparat, der sich mit sich selbst beschäftigt“. Dies müsse schleunigst geändert werden. Zudem müsse der Service für die Vertragsärzte und Psychotherapeuten erheblich professionalisiert werden. Unumgänglich sei deshalb eine Fokus-

Hoffnung sieht anders aus:
Dr. Axel Munte und
Dr. Wolfgang Hoppenthaller.



Nicht nur im Straßenverkehr ist der Blick über die eigene Schulter immer empfehlenswert.

sierung der Bezirksstellen auf Service und Beratung und eine Zentralisierung der operativen Aufgaben, wie Abrechnung und Prüfung, an einzelnen Standorten. Konkrete Zahlen über einen möglichen Personalabbau nannten die beiden Vorstandsvorsitzenden nicht. Allerdings berichtete Dr. Hoppenthaller über den Plan, die Bezirksstelle Niederbayern mit der Bezirksstelle Oberpfalz zu verschmelzen.

Großer Gesprächsbedarf

In der anschließenden Aussprache meldeten sich vor allem die Bezirksvertreter aus den Regionen zu Wort, die von den strukturellen Änderungen stark betroffen wären. Sie äußerten mehrheitlich ihre Zustimmung für den Kurs des Vorstandes, warnten aber vor einem zu starken Personalabbau in den Bezirksstel-

len. Dr. Max Kaplan aus dem Bezirk Schwaben brachte es auf die griffige Formel: „Neuorganisation ja – Ausdünnung nein!“ Ein Alternativmodell stellte Dr. Peter Schmied aus Oberfranken vor, das eine gleichmäßige Personalreduktion in allen Bezirksstellen oder eine Zusammenlegung aller Aktivitäten der KVB an zwei Standorten vorsah. Seine bange Frage zum Schluss: „Sind Regionalität und kompetente Beratung mit einer Torso-Bezirksstelle wirklich noch gewährleistet?“ Auch die Personalvertretung der KVB kam zu Wort. So konnte der Gesamtpersonalratsvorsitzende Karl Horner aus seiner Sicht die Situation kommentieren. Horner betonte, dass die Personalvertretung voll hinter der Neuausrichtung und den strukturellen Änderungen stehe. Während es allerdings von Arbeitgeberseite bislang immer geheißen habe, dass betriebsbedingte Kündigungen ausgeschlos-



Schwierige Aufgabe bravourös gemeistert: Dr. Irmgard Pfaffinger, KVB-Justiziar Dr. Herbert Schiller und Dr. Bernhard Böwing (v. li.).



Nach vielen Jahren wieder einmal eine Vertreterversammlung der KVB im Ärztehaus Bayern in der Mühlbaurstraße.

sen seien, so wären jetzt auf einmal sogar diese im Gespräch. „Ich appelliere an Ihre soziale Verantwortung als Arbeitgeber, sich nicht nur zum Büttel der Zahlen, der Wirtschaftlichkeit und der Effizienz zu machen“, so Horner wörtlich.

Nach mehreren weiteren Wortbeiträgen pro und contra Neuausrichtung sollte es dann zum Schwur kommen. Doch die Abstimmung des Antrags der Vorstandsvorsitzenden mit dem Inhalt, dass die Vertreterversammlung den Grundsätzen der Verwaltungsreform grundsätzlich zustimmt, wurde erst einmal vertagt. Nachdem auch die zweite Lesung kein anderes Ergebnis brachte, wurde der erste Tagesordnungspunkt vorübergehend ad acta gelegt.

Skepsis überwiegt

Symbolisch für die Stimmung im großen Saal der Bayerischen Landesärztekammer zogen am Himmel graue Wolken auf. Möglicherweise trug dies dazu bei, dass die beiden Vorstandsvorsitzenden einen von tiefstem Pessimismus geprägten Ausblick auf die geplante Gesundheitsreform gaben. Der Selbstverwaltung der Ärzte und Psychotherapeuten drohe eine „Fremdverwaltung“, so Dr. Munte.

Künftig würden die Entscheidungen primär durch einen aus drei Hauptamtlichen bestehenden Vorstand getroffen. Der gewünschte Machtzuwachs für den Bundesausschuss von Ärzten und Krankenkassen regte den KVB-Chef ebenfalls mächtig auf: „Was dabei rauskommt, sieht man ja an der Planungsstelle Mammographie, wo man zehn Jahre nur diskutiert hat und nichts auf den Weg gebracht worden ist.“ Angesichts der künftigen Herausforderungen für die Fachärzte durch die Öffnung der Krankenhäuser und die Einrichtung von Versorgungszentren konnte sich Dr. Munte dann einen Seitenhieb auf jene, die soeben für eine Vertagung der Entscheidung über die Neuausrichtung der KVB gestimmt hatten, nicht verkneifen: „Wir diskutieren hier über den Erhalt bewährter Strukturen in den Bezirksstellen und dabei sind progressiv denkende Ärzte schon längst auf dem Sprung in die Gesundheitszentren.“

Auch Dr. Hoppenthaller machte aus seinem Herzen keine Mördergrube: „Wir haben Tag

und Nacht gearbeitet, um ein völliges Desaster mit dem neuen Gesetz zu verhindern. Dies ist uns teilweise gelungen, einige Passagen konnten durch unser Zutun deutlich entschärft werden. In der heutigen, schwierigen Situation hätte ich mir nun auch eine eindeutige Entscheidung von Ihnen gewünscht, um den Mitarbeitern der KVB Klarheit darüber zu geben, wie der Weg denn nun weitergeht.“ Anhand einiger Folien stellte er dar, welche Gefahren der ärztlichen Selbstverwaltung künftig noch drohen und wie sich der Arzneimittelmarkt umstrukturieren wird. In der folgenden Diskussion kamen dann noch weitere Zumutungen zur Sprache, denen sich die niedergelassenen Ärzte und Psychotherapeuten künftig gegenüber sehen. An erster Stelle: die geplante Praxisgebühr von zehn Euro, die vor allem aufgrund des Inkasso-Risikos für die Praxisinhaber auf völlige Ablehnung stieß. Immer wieder klang in den Wortmeldungen auch der Wunsch an, sich aus den engen Schranken des Sozialgesetzbuches (SGB) zu lösen und eine Existenz außerhalb des öffentlich-rechtlichen Systems aufzubauen.

Zurück zum Anfang

Darüber hätte man trefflich noch einige Zeit weiter reden können, doch ein Geschäftsordnungsantrag von Vorstandsmitglied Dr. Andreas Hellmann setzte diesem Tagesordnungspunkt ein jähes Ende. Mit großer Mehrheit votierte die Vertreterversammlung dafür, sich noch einmal mit der Neuausrichtung der KVB zu befassen. Dafür hatte Dr. Hellmann gemeinsam mit Dr. Schmied einen neuen Antrag formuliert, der darauf abzielte, grundsätzliche Zustimmung zu einer umfassenden Organisationsreform zu signalisieren und zugleich die dafür notwendigen Maßnahmen der Vertreterversammlung zeitnah darzulegen. Nun bekamen die Vorsitzende der Vertreterversammlung und ihr Stellvertreter, Dr. Irmgard Pfaffinger und Dr. Bernhard Böwing, einiges zu tun. Denn im festen Willen, zu einer Entscheidung zu kommen, überschlugen sich die Ereignisse und es folgte ein Antrag dem nächsten. Wie schwierig es war, hier noch den Überblick zu bewahren, zeigt folgendes Zitat von Dr. Pfaffinger: „Der Antrag auf eine Nichtbefassung ist ein Problem, weil wir uns bereits mit dem Antrag befassen.“ Doch zu guter Letzt, die grauen Wolken waren inzwischen dem schwarzen Abendhimmel gewichen, gab es dann doch noch eine Entscheidung. Der Antrag von Dr. Hellmann und Dr. Schmied wurde mit großer Mehrheit angenommen. Nun soll – wo gewünscht – in außerordentlichen Bezirksbeiratssitzungen das Thema noch einmal vertieft diskutiert werden. Eines ist sicher: Fortsetzung folgt.

Martin Eulitz (KVB)